

EDITORIAL

Claudia Fröhlich, Horst-Alfred Heinrich, Harald Schmid

Extremismus und Geschichtspolitik

Noch in den letzten Wochen der Drucklegung dieser zweiten Ausgabe des *Jahrbuchs für Politik und Geschichte* bekam das Schwerpunktthema eine überraschende und bestürzende Aktualität. Der Täter des Massakers vom 22. Juli 2011 auf der Fjordinsel Utøya und des Terroranschlags in Oslo stützte sich in seinem im Internet veröffentlichten Rechtfertigungspamphlet auf eine Reihe von historischen Argumenten (vgl. Althoff 2011). Das von ihm geplante und angerichtete Blutbad begründet er unter anderem mit dem Handeln der Kreuzritter. Sie hätten im Mittelalter mit aller Gewalt gegen Muslime gekämpft und damit der Gegenwart ein Beispiel geliefert. Diesem gelte es nachzueifern, wenn weitere Migration nach Europa verhindert werden solle. In Kombination mit der mörderischen Tat zeigt sich hier zumindest der Versuch des strategischen Gebrauchs von Geschichtsdeutung zur Legitimierung des eigenen, als politisch begriffenen Handelns. Ungeachtet des Grades von Reflexion auf Seiten des Täters wurde diese erinnerungspolitische Linie der Argumentation¹ im öffentlichen Diskurs umgehend aufgegriffen. So fragte der Historiker Gerd Althoff (2011) nur sechs Tage nach dem Attentat, inwieweit die als Romantisierung auftretende, tatsächlich „gewaltverherrlichende Erinnerung“ an die Kreuzfahrer dazu beigetragen habe, ein Geschichtsbild zu erzeugen, das ein blutiges Schlachten als gerechtfertigten Kampf des Christentums gegen „Ungläubige“ stilisiere. Reflektiert habe über diese Zusammenhänge allein die Fachwissenschaft, ohne jedoch Resonanz zu erzeugen. Geprägt durch Filme und Romane sei in der breiten Bevölkerung ein Geschichtsbild verankert, das die Kreuzfahrer in der Regel als Heroen betrachte. Mit einem solchen Bild, und diese Überlegung bietet Althoff an, erhielten eben auch christlich geprägte Fundamentalisten eine historische Legitimation für ihr Denken und Tun.

Sind also gerade Extremisten anfällig für den ‚Missbrauch‘ von Geschichte? Dieser Gedanke scheint naheliegend, da, allgemein verbreiteter Vorstellung folgend, diese politischen Gruppen und ihre Mitglieder nicht bereit sind, ein grundlegendes Prinzip demokratischer Politik und Gesellschaften anzuerkennen, näm-

1 Erinnerungspolitik wird hier im Sinne Kohlstrucks (2004: 178) verstanden als das Operieren mit historischer Interpretation zum Zwecke der Legitimation politischer Aktivität.

lich die Legitimation politischer Interessenvertretung durch freie Wahlen. Vielmehr leiten sie ihren Machtanspruch von Auslesenormen oder auch vermeintlichen anthropologischen Konstanten her. In derartigen Konstruktionen berufen sich extremistische Gruppen eben auch auf historische Gegebenheiten. Unabhängig von früheren, teils völlig anderen gesellschaftlichen Bedingungen übertragen sie Handlungskonstellationen der Vergangenheit umstandslos auf heutige Verhältnisse. Ebenso transferieren diese Akteure historische Herrschaftsansprüche unreflektiert in die Gegenwart und propagieren deren Gültigkeit. Entscheidend ist hier, dass Geschichte ungeachtet von historischen Kontexten, Wahrnehmungsperspektiven und entsprechenden Deutungen als unverrückbare Wahrheit begriffen wird, die sich genau diesem Geschichtsbild entsprechend ereignet haben müsse. Ein diskursives Verständnis historischer Interpretation ist in extremistischer Sicht ausgeschlossen: Geschichte ist in dieser Perspektive eine Wahrheit, die es zu erkennen gelte und über die dann auch keine argumentative Auseinandersetzung geführt werden könne.

So plausibel eine solche Vorstellung über das Verhältnis von Extremismus und Geschichtspolitik ist, enthält sie implizite Annahmen, deren Geltung kritisch zu diskutieren ist. Zentral ist der Einwand gegen die Vorstellung einer Dichotomie, die den Extremismus der Demokratie entgegenstellt. Dieser Forschungstradition folgend, handelt es sich beim Extremismus um eine Ideologie beziehungsweise politische Einstellung, die auf einer eindimensionalen Skala mit zwei extremen Endpunkten abgebildet wird (vgl. Backes 2003: 1; Schubert/Klein 2006: 101). Am linken und rechten Rand werden die GegnerInnen des demokratischen Verfassungsstaates, BefürworterInnen desselben in der Mitte des Spektrums positioniert. So einleuchtend ein solches Modell auf den ersten Blick ist, so wenig ist es empirisch haltbar. Nicht nur die regelmäßig erscheinenden *Deutschen Zustände* (Heitmeyer 2002–2010) belegen für das *gesamte* Bevölkerungsspektrum Einstellungen, die mit demokratisch-menschenrechtlichen Normen nicht im Einklang stehen.

Von daher spricht viel dafür, einen „Extremismus der Mitte“ (Seymour Martin Lipset) konzeptionell zu berücksichtigen und damit ein alternatives theoretisches Modell anzustreben. Im vorliegenden *JPG* wird dieser Aspekt von Samuel Salzborn (Gießen) aufgegriffen und eingehend unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten diskutiert. Aus empirischer Perspektive wird die Kritik an dem eindimensionalen Modell gestützt durch die Beiträge von Karin Priester (Münster) und D.J. Mulloy (Waterloo). Die Vergleiche zwischen Rechtsextremismus und -populismus im europäischen Kontext einerseits sowie zwischen Militia Movement und Tea-Party-Bewegung in den USA andererseits zeigen, wie eng einzelne politische Positionen miteinander verwoben sind, die sowohl durch in der Bevölkerung breit verankerte Parteien der sogenannten Mitte als auch durch Gruppierungen vertreten werden, die als extremistisch ausgegrenzt sind. Gemessen an den empirischen Befunden ist es von daher zweckmäßig, nicht nur Zusammenhänge zwischen beiden Extremen, sondern auch Ähnlichkeiten zwischen der Mitte und den Rändern anzunehmen. Deshalb erscheint Salzborns Vorschlag fruchtbar, poli-

tische Interessengruppen am Grad des Antipluralismus zu messen, den sie vertreten, und sich damit in Gegensatz zu demokratischen Prinzipien stellen.

Wenn Extremisten tatsächlich in ihren Argumentationen in hohem Maße auf historische Interpretationen oder Geschichtsbilder zurückgreifen, stellt sich die Frage nach den konkreten Handlungsstrategien, mit denen sie sich von Nicht-Extremisten unterscheiden. Mit der Typologie von Phantasie-, Kollektiv- und Identitätsgeschichte entwickelt Salzborn einen konzeptionellen Rahmen, innerhalb dessen sich Extremisten als geschichtspolitische Akteure bewegen. Die Beiträge von Michael Kohlstruck (Berlin) und Gideon Botsch (Potsdam) liefern empirische Belege dafür, inwieweit der Rückgriff auf Geschichte Legitimation für eigenes politisches Handeln liefern soll. Beide Autoren befassen sich mit dem deutschen Rechtsextremismus und zeigen, welche Identifikationsangebote Akteure auf diesem Feld verwenden und welche Mittel sie in der Argumentation mit der Vergangenheit einsetzen.

Mit diesen Fallbeispielen ist auch die Frage aufgeworfen, inwiefern sich Demokratie und Extremismus durch den Rückgriff auf Geschichte unterscheiden. Stefan Peters' (Kassel) Ausführungen zu Spanien während der Diktatur sowie in der Phase der Transition machen deutlich, dass nicht-demokratische Gruppen oder Staaten dem Typus Extremismus nicht automatisch zuzuordnen sind. Am Beispiel dieser vierzigjährigen Diktatur zeigt sich, dass nicht-demokratische Herrschaft – je nach Ausmaß, Intensität und inhaltlicher Ausrichtung – unterschiedlich mit Geschichte operiert. Offensichtlich kann unter Extremismus ein Konglomerat von Gruppen mit teils unterschiedlichen Interessen und dementsprechend auch unterschiedlichen Referenzpunkten in der Vergangenheit fallen, was zu je spezifischen erinnerungspolitischen Strategien führt. Schließlich ist im Falle Spaniens noch bemerkenswert, dass die Wahrnehmung des Extremismus innerhalb der Gesellschaft in der Gegenwart dem dichotomen Modell ähnelt. Inwieweit es sich dabei um eine Reaktion auf eine negativ bewertete kollektive Vergangenheit handelt, die Fragen nach individueller Schuld und ‚Verstrickung‘ aufwirft, wäre noch zu untersuchen. Eine solche Vermutung liegt zumindest nahe, denn mit den Extremisten ist unter diesen Bedingungen eine Fremdgruppe definiert, der die Verantwortung für diese Vergangenheit zugeschrieben werden kann, was zugleich zur eigenen Entlastung beiträgt (vgl. Heinrich 2003).

Die Beiträge unseres Schwerpunktthemas konzentrieren sich auf Rechtsextremismus. Ohne dass diese ungleiche Repräsentation des politischen Spektrums in der Absicht der HerausgeberIn gelegen hätte, stellt diese ‚Schlagseite‘ in gewisser Weise ein Abbild der Extremismusforschung dar, die größtenteils den rechten Rand untersucht. Wie der Rechtspopulismus ist auch der Linksextremismus mit einem Fallbeispiel vertreten. Sabine Bergstermann (München) untersucht die geschichtspolitische Argumentation von Mitgliedern der Roten Armee Fraktion und verdeutlicht, auf welche Weise die RAF insbesondere den Topos des Konzentrationslagers in der politischen Argumentation gezielt einsetzte, um Unterstützung für die inhaftierten Terroristen und die von ihnen verübten Anschläge zu erreichen.

Aktuelles Forum, Fundstück und Forschungsbericht

In der Rubrik *Aktuelles Forum*, in der wir Essays zu gegenwärtig diskutierten Fragen veröffentlichen, schreibt Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław) über die Geschichte des so komplexen wie schwierigen Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland. Ausgehend von dem Projekt eines gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsschulbuches, zeichnet er – selbst Präsidiumsmitglied der zugehörigen bilateralen Kommission – geschichtspolitische Stationen in der Beziehungsgeschichte beider Länder nach und verweist darauf, „dass Vergangenheit und Geschichte die deutsch-polnischen Beziehungen auch heute noch mehr beeinflussen als die Gegenwart oder die Herausforderungen, die beide Staaten absehbar zu meistern haben“. Geschichte werde in Deutschland und Polen zwar ein „empfindlicher Bereich“ bleiben, aber eine Abschwächung könne von dem anstehenden Generationenwechsel ausgehen.

Mit dem *Forschungsbericht* Katarzyna Stoklosas (Sønderborg) verbleiben wir im osteuropäischen Raum und werfen einen Blick auf die neueren Entwicklungen geschichtspolitischer Studien. Die Autorin beschreibt insbesondere den Ertrag der vergleichenden und transnationalen Arbeiten, die sie als wegweisend für die Erforschung von Erinnerungskulturen in den Transformationsländern in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa bewertet.

Als *Fundstück* dieser Ausgabe präsentieren wir einen Text des englischen Historikers John Robert Seeley (1834-1895). Der in Cambridge lehrende, seinerzeit bekannte Wissenschaftler vertrat in seinen Werken eine entschiedene Haltung: Geschichte und Geschichtsschreibung wies er konkrete praktische Funktionen zu. Für ihn stand fest, man solle historisch unkundigen Politikern den Staat nicht überlassen, denn, so Seeley: „History is the school of statesmanship“. Seeleys Auffassung des Verhältnisses zwischen Politik und Geschichte drückt sich pointiert in seinem bis heute oft zitierten Diktum aus: „History without political science has no fruit; Political science without history has no root.“ Zusammen mit einer Einführung von Harald Schmid (Kiel/Hamburg) in die biografischen und zeitgenössischen Kontexte, drucken wir die erstmals 1885 gehaltene Vorlesung ab, in der Seeley diese Position begründete – als Beispiel für ein angelsächsisches historiografisches Denken im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in dem Geschichte ein hoher praktischer und politischer Nutzen zugeschrieben wurde.

Mit der Veröffentlichung von Seeleys Beitrag wollen wir anregen, den heutigen Stellenwert von Geschichte für Politik, Politikwissenschaft und Historiografie zu reflektieren. Als Forschungsperspektive erscheint es fruchtbar, den Einfluss historischer Entwicklungen oder die Funktion von Argumentation mit dem Rückgriff auf Geschichte in theoretischen Modellen zu berücksichtigen.

Vorschau auf Band 3

In gewisser Hinsicht als Fortsetzung respektive Vertiefung dieser *JPG*-Ausgabe wird sich der nächste Band des Jahrbuchs für Politik und Geschichte 2012 dem Schwerpunktthema *Brauchen Demokratien Geschichte?* widmen.

Ferner möchten wir auf eine Weiterentwicklung des Jahrbuchs hinweisen: Ab Band 3 (2012) werden wir die Rubrik *Atelier und Galerie* eröffnen. Mit ihr möchten wir, unabhängig vom Themenschwerpunkt, eine Plattform für die Präsentation neuer Forschungsergebnisse zu Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, für Diskussionsbeiträge zu aktuellen theoretischen oder methodischen Fragen sowie für die Vorstellung von Forschungsprojekten bieten. Selbstverständlich werden auch diese Aufsätze – wie die des Themenschwerpunktes – mittels Board Review und Double Blind Peer Review begutachtet werden. Interessierte AutorInnen sind herzlich eingeladen, ihre Manuskripte bei uns einzureichen.

Dank

Das Schwerpunktthema des diesjährigen Jahrbuchs geht zurück auf die 2010 in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung veranstaltete Jahrestagung des *Arbeitskreises Politik und Geschichte* in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Wir freuen uns, drei der dort gehaltenen Vorträge in überarbeiteter Fassung einem breiteren Publikum präsentieren zu können. Allen Beiträgerinnen und Beiträgern des Schwerpunktthemas danken wir dafür, dass sie willens waren, den eigenen Forschungsertrag einer anonymen Begutachtung zu unterziehen.

Großen Dank möchten wir unseren Gutachterinnen und Gutachtern abstaten: Brigitte Bailer (Wien), Walther L. Bernecker (Erlangen), Wolfgang Gessenharter (Hamburg), Christian Haase (Nottingham), Hans-Gerd Jaschke (Berlin), Andreas Klärner (Rostock), Lazaros Miliopoulos (Mainz), Michael Minkenberg (Frankfurt/Oder), Gero Neugebauer (Berlin), Jeffrey K. Olick (Charlottesville), Cornelia Rauh (Hannover), Lars Rensmann (Ann Arbor), Clemens Vollnhals (Dresden) und Jürgen Winkler (Mainz) haben sich die Mühe gemacht, die Schwerpunktbeiträge zu diesem *JPG* zu prüfen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Wir danken insbesondere Thomas Schaber (Stuttgart) vom Franz-Steiner-Verlag für die verlegerische Unterstützung. Seinen Rat und seine Unterstützung möchten wir genauso wenig missen wie die Hilfestellung durch die MitarbeiterInnen des Steiner-Verlags, die uns bei der technischen Umsetzung unseres Projektes mit Rat und Tat zur Seite stehen. Schließlich geht ein großer Dank an Kristina Kurze (Passau), die uns bei der Layouterstellung eine unverzichtbare Hilfe war.

Literaturverzeichnis

- Althoff, Gerd (2011): Das gewalttätige Erbe der Kreuzfahrer. In: Frankfurter Rundschau 67, Nr. 174, S. 30f., 29.7.2011.
- Backes, Uwe (2003): Entwicklung und Elemente des Extremismuskonzepts. Vortrag anlässlich der Konstituierung der Ad-hoc-Gruppe *Politischer Extremismus* der DVPW, 25. September 2003. www.extremismus.com/texte/extrem2.htm.
- Böhr, Christoph (2011): Ein ganz und gar weltlicher Herrschaftsanspruch. In: Frankfurter Rundschau 67, Nr. 178, S. 32f., 3.8.2011.
- Heinrich, Horst-Alfred (2003): Die kollektiven Erinnerungen an die Shoah als Störfaktor nationaler Identität. In: Wolfgang Bergem (Hrsg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs. Opladen, S. 59-79.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002–2010): Deutsche Zustände. Bde. 1-9, Frankfurt am Main, Berlin.
- Kohlstruck, Michael (2004): Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie. In: Birgit Schwelling (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. Wiesbaden, S. 173-193.
- Schubert, Klaus und Martina Klein (2006): Das Politiklexikon. 4. überarb. Aufl. Bonn.